

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

13.11.1930 (No. 265)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amenb., Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einj. 36,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Städte zur Preissenkungsaktion Ein Rundschreiben des Städtetags

In einem Rundschreiben des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, an die Oberbürgermeister heißt es u. a.: Es muß mit allem Nachdruck versucht werden, die überhöhten Gewinnspannen, insbesondere auch durch örtliche Einwirkung, herabzubringen. Besonders geeignet erscheinen laufende Veröffentlichungen der Brot- und Gebäck-, sowie der Kartoffel- und sonstigen Preise, und zwar namentlich der niedrigeren Preise unter Nennung des betr. Stadtteils und der betr. Straße, wo die Feststellung getroffen war. Ebenso ist es erforderlich, durch Verhandlungen mit den Innungen, Händlerorganisationen und Konsumvereinen zu einer Klärung und Senkung der Bruttoverdienstreue zu kommen und die gegenwärtigen Spannen durch Vergleich von Stadt zu Stadt nachzuprüfen. Gleiche Maßnahmen beziehen sich auch hinsichtlich der Mehl- und Kartoffelmehl- und Verkaufspreise und der Preise anderer wichtiger Lebensmittel. In einzelnen Städten haben bereits erfolgreiche Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung, Gewerbe, Handwerk und Handel stattgefunden; es gilt, Gleiches überall zu erreichen. Die Städte werden sich dieser überaus wichtigen Frage mit aller Energie annehmen und rufen die Öffentlichkeit, insbesondere die Verbraucher selbst, die es am unmittelbarsten angeht, auf, sie in dieser Frage, die Stadt und Land in gleicher Weise angeht, und nur von Stadt und Land gemeinsam gelöst werden kann, nach Kräften zu unterstützen.

### Preissenkung für Obst, Gemüse und Kartoffeln

In einer Besprechung im Reichsernährungsministerium in Berlin, an der u. a. auch Vertreterinnen der Hausfrauen teilnahmen, erklärten am Mittwoch die Verbände des Handels, der Waren- und Kaufhäuser sowie die Konsumvereine ihre Bereitwilligkeit, keine Opfer zu scheuen, um die Preise auch für Obst und Gemüse zu senken. Die auf den Waren ruhenden Lasten sowohl im Groß- wie im Kleinhandel sollen schärfstens kalkuliert werden, um die Handelspanne beträchtlich zu senken. Da die Handelspannen bei den zahlreichen verschiedenartigen Erzeugnissen nicht einheitlich beurteilt werden können, haben sich die Verbände freiwillig bereit erklärt, im Zusammenwirken mit den Reichsstellen die Preisbildung für die derzeit wichtigsten Gemüse- und Obstsorten einer fortlaufenden genauen Prüfung zu unterziehen und deren Ergebnisse der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Die Verhandlungen mit dem Kartoffelgroß- und -Kleinhandel unter Mitwirkung der Erzeuger- und Verbraucherorganisationen haben ergeben, daß auch der Kartoffelhandel bereit ist, einen Abbau der Preise vorzunehmen. Der Kartoffelkleinhandel wird in Berlin im allgemeinen für Speisepotatoes bei Abgabe von 10 Pfund folgende Preise berechnen: Für weiße Kartoffeln 23 Pf., für rote und blaue 25 Pf., für gelbe Kartoffeln 30 Pf. Bei zentnerweiser Abgabe wird ein entsprechender Abschlag gewährt. Die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser haben ihre Preise für Kartoffeln ebenfalls ermäßigt.

### Keine Vorverlegung der Beamteneinkürzung

Von den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats wurde die Beamteneinkürzungsvorlage der Regierung abgelehnt, ohne daß von irgendeiner Seite ein Antrag kam, den Termin der Beamteneinkürzung vorzulegen. Es bleibt somit beim 1. April. Eine Änderung wurde von den Ausschüssen in der Regierungsvorlage nur hinsichtlich der Stellung der Behördenangehörigen vorgenommen. Das Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwandes an der öffentlichen Verwaltung wurde in zweiter Lesung angenommen. Sodann fand eine allgemeine Aussprache über das Realsteuergesetz statt. Bis in die späten Abendstunden beschäftigten sich die Ausschüsse noch mit der Einzelberatung dieses Gesetzes, die am heutigen Donnerstag fortgesetzt wird. Die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes soll gleichfalls heute vorgenommen werden.

### Einsturzkatastrophe in Lyon Zahlreiche Todesopfer

PARIS, 13. Nov. (Tel.) In Lyon ereignete sich infolge von Erdsenkungen heute in den frühen Morgenstunden eine Reihe von Hauseinstürzen, als deren Opfer zahlreiche Tote und Verletzte gemeldet wurden. Es handelt sich um etwa 5 Einstürze, die nacheinander erfolgten, und zwar um 1 Uhr früh, 2 Uhr, 2,25 Uhr, 2,50 Uhr und 4 Uhr. Die eigentliche Ursache dieser Einstürze, denen bereits ein großer Häuserblock zum Opfer gefallen ist, und die, wie man befürchtet, den gesamten alten Stadtteil St. Jean bedrohen, sind die Folgen der sich immer wiederholenden Erdsenkungen, die zunächst die Stützmäuer eines Hospitals und in der Folge die in der Nähe liegenden alten Wohnhäuser zum Einsturz brachten. Die gesamte Feuerwehrgesellschaft und auch verschiedene in Lyon liegende Truppenteile sind zu den Rettungsarbeiten aufgeboten worden. Die im Schlaf von dem Einsturz überraschten Bewohner suchten sich, zum Teil unter Benutzung von Leitern, in Sicherheit zu bringen. 30 Personen, die in einem Kaffeehaus Zuflucht gesucht hatten, wurden von einem zweiten Erdrutsch überrollt. In der Kathedrale haben besonders Frauen und Kinder, die vor den nachstürzenden Gesteinsmassen flüchteten, Zuflucht gefunden. Im Augenblick ist man damit beschäftigt, sämtliche Häuser der Rue Tramassac, in der das Unglück sich ereignete, polizeilich zu räumen. Die eigentliche Einsturzstelle soll 50 Meter lang sein. Der bedrohte Stadtteil ist auf einer Anhöhe gelegen, welcher Umstand dem Einsturz der fast ausnahmslos altersschwachen Häuser großen Vorbehalt geleistet hat.

### Letzte Nachrichten Die Deckungsgesetze vor dem Reichsrat Die Arbeit der Ausschüsse

B.D. Berlin, 13. Nov. (Tel.) Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates setzten die gestern abend abgebrochene zweite Beratung des Gesetzes zur Senkung der Realsteuern fort. Die Einzelberatung dieser Vorlage war deshalb so umfangreich, weil jedes Land erklärte, bei ihm lägen besondere Verhältnisse vor, denen die Formulierung des Regierungsentwurfes nicht gerecht werde. Es handelte sich jedoch bei den verlangten Änderungen im wesentlichen nur um redaktionelle Änderungen. Man hofft, bis zur Mittagspause nicht nur die zweite Lesung des Realsteuergesetzes, sondern auch die des Pfandgesetzes beenden zu können. Das Tabaksteuergesetz bereitet noch Schwierigkeiten, man hofft jedoch, bis zum Samstag ein Kompromiß zu finden, so daß an diesem Tage die zweite Lesung auch dieser Vorlage in den Reichsratsausschüssen beendet werden könnte. Damit würden dann alle bisher vorliegenden Deckungsgesetze von den Reichsratsausschüssen erledigt sein, so daß sie am 20. November vom Reichsratsplenum verabschiedet werden könnten. Die weiter angekündigten, zum Finanzplan gehörenden Vorlagen sind dem Reichsrat bisher noch nicht zugegangen. Auch in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, die gemeinsam mit dem Preußenkabinetts stattfand, wurde keine weitere Deckungsvorlage verabschiedet, sondern das von Preußen aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm beraten. Die Zwischenzeit benützte die Reichsratsausschüsse, um ihre Arbeiten am Reichshaushalt für 1931 zu fördern. Heute nachmittag soll zunächst der Etat des Reichswehrministeriums beraten werden.

### Die Verbilligung von Frischfleisch Fleischmarken an Minderbemittelte

B.D. Berlin, 13. Nov. Der Haushaltsausschuss des Reichstags verhandelte zunächst über die Verbilligung anseherplanmäßiger Mittel zur Verbilligung von Frischfleisch an Stelle des in Fortfall gekommenen zollfreien Gefrierfleisches. Reichsernährungsminister Schiele führte aus, daß sich die Frischfleischlieferung nur auf diejenigen Gemeinden erstrecken soll, die bisher mit zollfreiem Gefrierfleisch beliefert worden sind, da es sich doch um einen Erfolg handle. Für die Durchführung des Guttschneidens ist die Feststellung des Preises der tatsächlich Minderbemittelten durch die Gemeinden erforderlich. Die Gemeinden erhalten erstmalig anfangs Dezember von der Reichsdruckerei die auf sie entfallenden Fleischmarken. Diese können zum Bezuge von Frischfleisch in allen Fleischläden einschließlich der Fleischverkaufsstellen der Konsumvereine Verwendung finden. Vom Bezuge von Fleischmarken sind ausgenommen sämtliche anderen Waren, wie Speck, Blom, Talg, Schmalz, Margarine u. dgl. Die Fleischmarken sind monatlich an die Minderbemittelten zu verteilen. Nach Abgabe der Ware entwerfen die Fleischverkäufer die Marken und liefern sie an die Gemeinden, die ihnen den Betrag erstatten und die alten als Rechnungsbeleg verwenden. — Die Gemeinden stellen monatlich eine geprüfte Nachweisung der für die Erstattung des Betrages zuständigen Landesbehörde zu. Die Verteilung der Fleischmarken auf die Gemeinden erfolgt in der Weise, daß die den Gemeinden unmittelbar zuständige und von den Konsumvereinen dort verbrauchten zollfreien Gefrierfleischmengen der Berechnung zugrunde gelegt werden. — Die Reichshauptkasse ist angewiesen, jeweils bis zum 15. des der Verteilung vorausgehenden Monats den auf das einzelne Land treffenden Gesamtbetrag der zuständigen Landesregierung auf ihr Bankkonto zu überweisen.

Zur Durchführung der Verbilligung von Frischfleisch auf dem Wege des Guttschneidens werden die Kosten am 1. Dezember 1930 6 716 666 Reichsmark betragen.

### Die Abrüstung auf dem toten Punkt

LONDON, 13. Nov. (Tel.) „Daily Herald“ meint in einem Leitartikel: Die vorbereitende Abrüstungskommission bewegt sich von einem toten Punkt zum anderen. Jeder Vorschlag, der eine wirkliche Verminderung der Rüstungen bewirken könnte, trifft auf unerklärlichen Widerstand. Die bewaffneten Mächte haben nicht den leichten Wunsch, abzurüsten, und die unbewaffneten Nationen bilden dem Tage entgegen, an dem sie erklären können, daß sie, da die Sieger ihn Versprechen gebrochen haben, durch die ihnen auferlegten Einschränkungen nicht mehr gebunden sind.

### Die britische Reichskonferenz

LONDON, 13. Nov. (Tel.) Die britische Reichskonferenz wird voraussichtlich morgen vormittag mit einer dritten und letzten Plenarsitzung ihr Ende finden. Die „Times“ sagen, die Premierminister der Dominionen hätten zwar erwartet, daß die britische Regierung einer Ausdehnung des Systems der Vorzugstarife nicht bestimmen werde, die offizielle Bekanntgabe dieser Tatsache habe aber doch sehr enttäuscht.

Die Wirtschaftspartei opponiert. In einer in Stuttgart abgegebenen Erklärung der Wirtschaftspartei erklärte nach einer Blättermeldung der Partei- und Fraktionsvorsitzende Abg. Drews, er habe dem Reichsanzeiger in einem Schreiben mitgeteilt, daß seine Fraktion gegen die Notverordnung stimmen werde, wenn die Bestimmungen über die Schankverkehrsteuer nicht betauschungen werden.

### \*Gegen den Kultur bolschewismus

Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk, nachdem nun die schlimmsten seelischen und moralischen Folgeerscheinungen der Kriegszeit überwunden sind, endlich jenen Eindringling wieder hinausweist, der sich in den Jahren nach dem Kriegsende bei uns eingeschlichen hatte und zumal in Berlin immer mehr und mehr an Boden gewann: den Kulturbolschewismus. Bezogen wird er aus Rußland und von den Regern her. Hand in Hand geht er mit einem Libertinertum schlimmster Sorte, mit einer Frivolität der Lebensauffassung, die überhaupt keine Autorität mehr anerkennt, und mit einer dialektischen Raffiniertheit, der man schließlich nur durch Taten beikommen kann. Berlin ist das Zentrum dieses Kulturbolschewismus. Und Berlin ist mit seinem Gift schon so sehr infiziert, daß man dort auf eine Gesundung in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr hoffen darf. Was wir aber abwehren können, das ist das weitere Eindringen dieses Berliner Gifts in die übrigen Gebiete Deutschlands. Und hier erwächst gerade dem Süden und seinen Freistaaten die bedeutungsvolle vaterländische Aufgabe systematischen Kampfes und systematischer Aufklärung.

In sehr erfreulicher Weise werden wir in diesem Kampfe jetzt durch ein Berliner Blatt unterstützt, und zwar durch die „Germania“, das führende Zentrumskulturorgan Berlins. Der betreffende Artikel der „Germania“ ist deshalb besonders beachtenswert, weil er von größeren Zusammenhängen ausgeht, die materiellen und politischen Probleme durchaus berücksichtigt und dennoch zu dem Schluß gelangt, daß viel bedenklicher als der politische Feind diejenigen Strömungen sind, die auf geistig-weltanschaulichem Gebiet sich bewegen und die moralischen Grundlagen unserer Kultur bedrohen.

Der Artikel der „Germania“ ist so bedeutsam, daß wir ihn hier in seinem größten Teil im Wortlaut wiedergeben wollen. Hinzuzufügen haben wir ihm aus unserer eigenen Einstellung heraus nichts. Er spricht für sich selbst. Der Artikel lautet:

„In dem Vermögen, Ruhe und Ordnung im öffentlichen Leben unter den augenblicklich besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit aller Entschiedenheit zu wahren und sicherzustellen, wird der neue preussische Innenminister (Severing) selbstverständlich alle ordnungsliebenden Kräfte hinter sich haben. Das steht also fest. Darüber hinaus aber muß auf eines deutlich hingewiesen werden: Mit dem Einsatz nur materieller Nachmittel des Staates ist der Aufgabenkreis, dem sich der Innenminister des größten deutschen Landes gegenüberzieht, nicht erschöpft. Wer mit offenen Augen durch die Zeit geht, wird uns zugeben, daß der politische Moralismus, gegen den der Innenminister Stellung nimmt, wohl der offenste, aber vielleicht — unter größeren Perspektiven gesehen — nicht der schlimmste Feind unseres Volks- und Staatslebens ist. Es wäre ein Fehler, der sich eines Tages bitter rächen müßte, wenn man sich damit zufriedengäbe, allein die formalen Rechte und Freiheiten des demokratischen Staates — für deren Schutz wir immer eingetreten sind — mit großem Aufwand zu verteidigen, wenn man aber auf geistig-weltanschaulichem Gebiet das Feld kampflös jenen Zeitströmungen überläßt, die wesensfremd, meist von außen her in unser Volk hineingetragen werden und die am Lebensnerv nicht nur unseres Volkstums, sondern auch der heutigen Staatsgemeinschaft zehren.“

Es hieße einen falschen Kampf führen und eine falsche Front wählen, wenn man aus den Sorgen der augenblicklichen politischen Konstellation heraus einseitig nur die Gefahren sehen wollte, von denen man meint, sie drohen von seiten der Nationalsozialisten. Vollkommen verfehlt wäre es jedenfalls, wollte man über diese Bewegung eine Gefahr übersehen, die uns von anderer Seite her bedroht. Das ist die systematische, mit außerordentlichem Raffinement betriebene geistige Aushöhlung unserer Kultur, die von der äußersten Linken kommt. Von einer ebenso systematischen Bekämpfung dieser verführten Volkswirerung des deutschen Volkes haben wir bisher nur wenig oder nichts gesehen.

Die Grenzen, die man im Wirtschaftsleben mit außerordentlichem Bedacht abschließt und überwacht, stehen der unter dem Deckmantel von Kunst und Literatur importierten Revolutionsware restlos offen. Ungehindert trotz schwacher Ansätze eines Jugendschutzes kann sich eine schamlose Propaganda der sittlichen Verflachung und Ent-

nerung über Volk und Land ergießen. Wir wissen ganz genau, daß die Abwehr gegen diese ersten Strömungen und Gefahren nicht allein mit den materiellen Nachmitteln des Staates geführt werden kann, daß diese Abwehr im Gegenteil in erster Linie eine geistige, von starken positiven Weltanschauungsgruppen geführte sein muß. Wenn wir uns aber gegen die verführte Forderung des deutschen Kulturbewußtseins aus eigenen Kräften mit allem Nachdruck wehren, dann müssen wir auch fordern, daß der Staat in den Bezirken des geistigen Lebens, die seinem besonderen Schutze und seiner Pflege anvertraut sind, nicht als unbeteiligter Dritter passiv und teilnahmslos beiseite steht oder gar unsere Anstrengungen, die dem sittlichen und kulturellen Aufstreben und der Stärkerhaltung unseres Volkstums gelten, durchkreuzt. Auf allen den Gebieten des öffentlichen Lebens, in Kunst und Literatur, Bühne, Film und Rundfunk, auf denen der Einfluß des Staates weit hineinreicht in die geistigen Auseinandersetzungen, müssen wir unbedingt fordern, daß die staatliche Autorität auch als positiver geistiger Machtfaktor in die große Abwehrfront eingegliedert wird, die den Mächten des ethischen und kulturellen Ruins entgegengestellt werden muß.

#### Im Haushaltsausschuß des Reichstags

brachten die Kommunisten einen Antrag ein, den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern, sowie allen Fürsorgeberechtigten eine Winterbeihilfe aus den Mitteln des Reiches auszugeben. Die Winterbeihilfe soll für die Hauptunterstützungsempfänger 40 Reichsmark, für jeden Unterhaltsberechtigten 12 Reichsmark betragen, Empfänger von Baisenrenten sollen 12 Reichsmark erhalten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab den finanziellen Aufwand für den kommunistischen Antrag nach vorläufiger Schätzung mit 337 Millionen Reichsmark an.

Nach längerer Aussprache beantragten die Abg. Dr. Quack und Hergt (D.N.), die Beihilfe in Naturalien, insbesondere in Brennstoffen und Lebensmitteln, die im Inlande erzeugt werden, zu gewähren. Abg. Hermann (Wirtschaftsp.) beantragte hierzu einen Zusatz, daß die Beihilfe in Naturalien sich auch auf die Beschaffung von Kleidern, Wäsche und Schuhzeug erstrecken müsse. Die Beteiligung des Handwerks und des Einzelhandels müsse dabei absolut sichergestellt werden.

Da der Vertreter des Reichsfinanzministeriums sich außerstande erklärte, anzugeben, woher die Deckungsmittel für die mindesten auf 337 Millionen Reichsmark geschätzte Winterbeihilfe beschafft werden sollen, wurde ein Zentrumsantrag auf Verechnung der Kosten und Deckungsmöglichkeiten und Zurückstellung der Beschlussfassung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

#### Opel bezahlt nach Leistung

Wie in einer von dem Arbeiterrat der Opelwerke einberufenen Vertrauensmännerversammlung der Gesamtbelegschaft mitgeteilt wurde, sind die Lohnverhandlungen in den Opelwerken zum Abschluß gekommen. Das Abkommen basiert nicht mehr, wie früher, auf Altersklassen und Fachgruppen, sondern auf der Arbeitsleistung, Geschicklichkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortung des Arbeiters. Die Stundenlöhne bewegen sich zwischen 85 Pf. und 1,60 M., während Arbeiter pro Stunde 95 Pf. bis 1,14 M. zuzüglich des Überdienstes erzielen können. Die Vertrauensmännerversammlung stimmte der neuen Lohnregelung zu. Weiter wurde in der Versammlung mitgeteilt, daß zur Zeit in den Opelwerken großzügige Umstellungen vorgenommen würden, nach deren in Kürze zu erwartenden Beendigung wieder mehrere tausend Arbeiter in den Produktionsbetrieb der Opelwerke aufgenommen würden.

#### Gegen den Mißbrauch

Der vielfach festgestellte Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung hat das Landesarbeitsamt in der Pfalz zu einer verstärkten Kontrolle veranlaßt. Das Kontrollpersonal für den Außenbereich wurde verstärkt. Bürgermeister und die beamteten Ortskundigen Personen sind verpflichtet, Wahrnehmungen über Arbeitslose den Kontrollleuten zur Kenntnis zu bringen. Künftig werden alle Erwerbslose, die die Meldebordschristen überlassen, unachtsamlich zur Anzeige gebracht. Die Mindeststrafe für derartige Vergehen ist eine Woche Gefängnis. Eine Bewährungsfrist wird dabei grundsätzlich verweigert.

Peru will sein Staatswesen neu ordnen. Die vorläufige peruanische Regierung hat nach einer Meldung aus Lima Wahlen für eine Nationalversammlung angeordnet, die eine neue Verfassung sowie neue Wahlgesetze annehmen und die ausübende Gewalt des Staates neu organisieren soll.

#### Bayerischer Bühnenfestspiele

Nach kurzer Ruhepause haben die Vorbereitungen für das Spieljahr 1931 begonnen. In der Leitung der Bühnenfestspiele ist infolgedessen eine organisatorische Änderung eingetreten, als der bisherige organisatorische Leiter Dr. Knittel und Direktor Fries bestehende Verwaltungsausschuß eine etwas andere Form erhielt. Der Verwaltungsausschuß besteht nunmehr aus den eben genannten Herren und tags unter dem Vorsitz von Frau Winifred Wagner. Die Tätigkeit der Mitglieder des Verwaltungsausschusses ist ehrenamtliche. Dr. Knittel hat das Referat über Rechts- und wirtschaftliche Fragen, ferner ist er der Mittler zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit. Direktor Fries obliegen die übrigen Verwaltungsaufgaben.

Der Übung entsprechend werden die Festspiele des Jahres 1930 im nächsten Jahre wiederholt. Das Programm bleibt also unverändert bestehen. Der Beginn ist auf den 21. Juli festgesetzt; die Festspiele schließen am 19. August.

"Lannhäuser" wird am 21. Juli, 1., 5., 8. und 17. August aufgeführt; "Barisbal" am 22. Juli, 2., 6., 9. und 19. August; "Kristan" am 23. Juli, 3. und 18. August. Der "Ring" vom 25. bis 30. Juli und 11. bis 15. August. In der künstlerischen Besetzung der einzelnen Werke finden keine erheblichen Veränderungen statt.

Eine Erweiterung der Bühne in Form einer Seitenbühne ist vorgesehen und soll in den nächsten Monaten durchgeführt werden. Mancherlei Unbequemlichkeiten brachte bisher die Trennung von Verwaltung und Festspielhaus. Die vor allem durch die Festspielbesucher unzulänglichen Schalter und Auskunftsräume zwangen dazu, dem Gedanken einer Vereinigung der gesamten Verwaltungsräume im Festspielhaus näherzutreten. Beachtenswert ist, eine Auskunftsstelle in der Nähe des Bahnhofes zu errichten, im übrigen aber den gesamten Betrieb im Festspielhaus zu vereinigen.

## Zur Reichstagswahl in Baden

VII.

Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei)

P.A. Auf diese Partei entfielen bei der Reichstagswahl vom 14. September insgesamt 33 869 Stimmen, d. h. 2,9 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen.

Die Partei weist in sämtlichen Amtsbezirken Stimmen auf. Am stärksten vertreten ist sie im Amtsbezirk Mannheim, wo sie 6522 Stimmen erhielt; es folgen die Amtsbezirke Freiburg mit 3892 Stimmen, Pforzheim mit 3771, Karlsruhe mit 3318. Über 1000 Stimmen entfielen auf die Partei noch in den Amtsbezirken Konstanz, Billingen, Lörrach, Offenburg, Najaat und Heidelberg. Dagegen erreichte sie in 8 Amtsbezirken noch keine 100 Stimmen (im Amtsbezirk Neckfisch 27, Adelsheim 41, Buchen 49 usw.).

Setzt man die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der gültigen Stimmen, so zeigt sich, daß die Partei im Amtsbezirk Oberkirch den größten Erfolg hatte; dort entfielen 8,7 v. H. aller Stimmen auf sie. Im Amtsbezirk Pforzheim betrug ihr Stimmenanteil 6,0 v. H., im Amtsbezirk Freiburg 5,4 v. H., im Amtsbezirk Offenburg 5,0 v. H. Weniger als ein Proz. aller Stimmen erhielt die Partei in 12 Amtsbezirken, und zwar in den Amtsbezirken Neckfisch und Buchen 0,4 v. H., in den Amtsbezirken Adelsheim, Tauberbischofsheim und Wertheim 0,5 v. H.

In 1017 Gemeinden, d. h. 66,6 v. H. aller, bekam die Partei Stimmen, darunter in 25 je 100 bis 500, in 6 je 500 bis 1000 Stimmen und in 4 je über 1000 Stimmen. Letztere sind die Städte Mannheim (5993), Freiburg (3561), Pforzheim (3015) und Karlsruhe (2731).

Der Anteil der für die Partei abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl aller gültig abgegebenen Stimmen überschreitet nur in 10 Gemeinden 10 v. H., darunter in 2 Gemeinden 20 v. H., nämlich in Odesbach, Amt Oberkirch (27,5 v. H.) und Mingen, Amt Billingen (21,3 v. H.).

Keine Stimmen erhielt die Partei in 509 Gemeinden. Gegenüber der Reichstagswahl vom Jahr 1928 haben sich folgende Veränderungen ergeben:

1. Die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen ist von 80 875 auf 33 869 gestiegen, der Anteil dieser an der Gesamtstimmengzahl von 3,4 v. H. auf 2,9 v. H. gesunken.

2. Im Jahr 1928 erhielt die Partei in 9 Amtsbezirken mehr als 1000 Stimmen, im Jahr 1930 in 4 Amtsbezirken.

3. Im Jahr 1928 betrug der Anteil der für die Partei abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen in 6 Amtsbezirken 5 und mehr v. H., im Jahr 1930 in 4 Amtsbezirken.

4. Im Jahr 1928 wurden in 842 Gemeinden Stimmen für die Partei abgegeben, dieses Mal in 1017 Gemeinden.

5. Im Jahr 1928 erhielt die Partei in 5 Gemeinden über 1000 Stimmen, im Jahr 1930 in 4 Gemeinden.

6. Im Jahr 1928 machte der Anteil der für die Partei abgegebenen Stimmen in 76 Gemeinden über 10 v. H. aller Stimmen aus, dieses Mal in 10 Gemeinden.

7. Im Jahr 1928 blieb die Partei in 687 Gemeinden ohne Stimme, dieses Mal in 509 Gemeinden.

#### Badische Bauernpartei

(Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei)

Die Badische Bauernpartei erhielt bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 insgesamt 16 748, d. h. 1,42 v. H. aller gültigen Stimmen des Landes.

Die Partei ist in allen Amtsbezirken vertreten; die Höchstzahl von Stimmen entfiel auf die Amtsbezirke Waldshut (2881) und Sinsheim (1593). Darüber hinaus erhielt die Partei in keinem Bezirk mehr als 1000 Stimmen.

Von den 1526 Gemeinden bzw. Wahlorten haben insgesamt 1223, d. h. 80,1 v. H. Bauernpartei-Stimmen. Die größte Stimmengzahl erreichte die Stadt Mannheim mit 249 (eingeordnete Postämter), Griesen, Amtsbezirk Waldshut, mit 208 und Heidelberg mit 202; in weiteren 6 Gemeinden wurden mehr als 100 Stimmen für die Partei abgegeben. In 34 Gemeinden des Landes entfiel mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf die Bauernpartei; davon liegen 14 im Amtsbezirk Waldshut, 7 im Amtsbezirk Schopfheim, 4 im Amtsbezirk Lörrach.

Bei der Reichstagswahl 1928 erhielt die Partei 18 978 Stimmen. Sie war auch damals in allen Amtsbezirken und in 1101 Gemeinden vertreten. Die Mehrzahl der gültig abgegebenen Stimmen entfiel seinerzeit nur in 3 Gemeinden auf die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Die Schlichterkammer hat, wie aus Offen gemeldet wird, zum Arbeitszeitkonflikt im Ruhrbergbau einen Schiedspruch gefällt, wonach das bisherige Arbeitszeitabkommen unverändert bis 30. September 1931 in Kraft bleibt.

Gegen den Berliner Schiedspruch hat der Erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Entschließung angenommen. Der Schiedspruch müsse von den beteiligten Gewerkschaften als offener Betrug und von der gesamten Arbeiterschaft als Provokation empfunden werden, um so mehr, als der bisherige Verlauf der Preisentwertung einer Verhöhnung der Arbeiterschaft gleichkomme. Der vom Verband benannte Unparteiische, Professor Dr. Singheimer, habe durch seine Zustimmung die Verantwortung für diesen Spruch übernommen.

Lohnherabsetzung im bayerischen Erzbergbau. Ein für den oberpfälzischen Erzbergbau gefällter Schiedspruch setzt die bisherigen Löhne um etwa 5 Proz. herab und nimmt wesentliche Änderungen an dem Kantelarisvertrag vor, die eine erhebliche Entlastung der Werke bringen.

Lohnsenkung in der belgischen Metallindustrie. Die Arbeitervertreter der Metallindustrie haben, wie aus Brüssel gemeldet wird, sich vor der Gemischten Schiedskommission mit der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen 5proz. Lohnherabsetzung bereit erklärt. Dem gemäß werden die Löhne am 1. Dezember und am 1. Januar um je 2,5 Proz. gesenkt.

Die belgische Regierungskrise beendet. Nachdem die liberalen Abgeordneten aus Kammer und Senat den zurückgetretenen liberalen Ministern ihr Vertrauen ausgesprochen haben, dürfte die belgische Regierungskrise als beendet angesehen werden.

Die Deutschenvorfolgung in Polen. Das Bromberger Bezirksgericht beurteilte den Führer des Deutschtums in Polen, den ehemaligen Sejmabgeordneten Kurt Gräbe, wegen Zugehörigkeit zu einer Verbindung, die es sich zum Ziel macht, Gehege der Regierung unwirksam zu machen, zu sechs Monaten Gefängnis.

Die indische Konferenz wurde am Mittwoch unter starker Anteilnahme der Öffentlichkeit in London mit einer Ansprache des Königs eröffnet.

Verlängerung des Moratoriums in Brasilien. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro hat die Regierung das Moratorium um etwa 14 Tage verlängert.

## Bespitzelung der Thüringer Polizei

### Preussische Stellen beteiligt?

OMB. Weimar, 13. Nov. (Priv.-Tel.) Das thüringische Staatsministerium teilt jetzt mit, daß die Untersuchungen gegen mehrere Angehörige der thüringischen Polizei und in den Geschäftsräumen des Gaues Thüringen des Reichsbanners weitere erdrückende Beweise für das Bestehen einer Spitze zentrale bei der thüringischen Polizei erbracht haben.

Sie hat offenbar die Aufgabe gehabt, dem Reichsminister des Innern Material für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen der Polizeikostenzuschüsse zu liefern. Das beschlagnahmte Material ist derartig belastend für mehrere Polizeibeamte, daß sofort gegen sie eingeschritten wird. Sie haben in größlicher Weise ihre Amtsverpflichtung verletzt, durch Erläuterung von noch dazu durchaus unrichtigen Berichten über Vorkommnisse bei der Polizei dem Lande Thüringen, dessen Beamten sie waren, schwersten Schaden zugefügt und damit den von ihnen geleisteten Treue geschworen hatten. Das Ministerium des Innern hat den Polizeihauptmann Schüller in Gotha heute fristlos und ohne Zuerkennung von Versorgungsgehühnen entlassen sowie gegen die Polizeihauptwachmeister Lens und Engel und gegen den am 31. August 1930 aus der Landespolizei ausgeschiedenen früheren Polizeioberleutnant Batke sowie gegen den städtischen Polizeioberwachmeister Undeusch in Jena das Strafverfahren eröffnet. Die Beamten haben das Material an den Leiter des Gaues VI des Reichsbanners in Gotha abgegeben, von wo es an einen Herrn August Feil in Erfurt gelangte. Wir haben festgestellt, daß beim Polizeipräsidenten in Erfurt ein Kriminalkommissar August Feil sich befindet. Die wiederholten, bisher unwidersprochen gebliebenen Behauptungen nationalsozialistischer Zeitungen, daß preussische Regierungsstellen mit der Bespitzelung Thüringens beauftragt worden sind, gewinnen daher an Deutlichkeit. Wir können nur unsere getreue Erklärung wiederholen, daß sich Methoden, wie sie hier eingeschlagen worden sind, allein schon durch ihre Unmoral richten.

### Eine Erklärung des Reichsinnenministers

Zu der vom Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums zum Polizeifreitag veröffentlichten ersten (gestern mitgeteilten) Erklärung wird vom Reichsinnenministerium folgende Erwiderung mitgeteilt:

„Der Reichsminister des Innern hat dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keinen Auftrag erteilt, ihm Material über die Verhältnisse bei der thüringischen Polizei zu beschaffen. Selbstverständlich hat er die Verhältnisse in Thüringen nach wie vor aufmerksam verfolgt und das ihm in reichem Maße von den verschiedenen Seiten zugegangene Nachrichtennmaterial dem Staatsgerichtshof unterbreitet. Der Staatsgerichtshof ist zur Zeit damit befaßt, über das Material Beweis zu erheben. Der Reichsminister des Innern lehnt es ab, dem Beispiel des Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums zu folgen und Teilerggebnisse der bisherigen Beweisaufnahme zu einem Zeitpunkt, in dem die Beweisaufnahme sich noch in vollem Gange befindet, einseitig und vorzeitig auszuwerten und so vor der Entscheidung des mit der Sache befaßten Obergerichtshofes in der Öffentlichkeit Stimmung zu machen.“

### Krawalle an der Berliner Universität

Im Vorhof der Berliner Universität kam es Mittwoch vor-mittag erneut zu Studentenkrawallen und zu Fäktlichkeiten zwischen sozialistischen und nationalsozialistischen Studenten. Als die Polizei erschien, wurde sie mit gellendem Pfeifen empfangen. Wieder wechselten sich höflichen Zurufen auf die Beamten ab. Die Polizei drang schließlich mit dem Gummiknüppel in den Universitätsvorhof und zerstreute die Studenten. Dabei wurde eine Reihe von Zwangsgeheimnissen vorgenommen. Gegenüber anderslautenden Darstellungen wird vom Polizeipräsidenten erklärt, daß der Kommandant der Polizei den Rektor von vornherein nicht darüber im unklaren gelassen habe, daß die Polizei auf dem Universitätsgrundstück genau so wie überall mit allen gebotenen Mitteln eingzugreifen berechtigt sei. Weiter habe der Rektor nicht davon gesprochen, daß die Anwesenheit der Polizei auf die Studentenschaft provozierend eingewirkt habe.

### Neue litauische Provokationen in Memel

Beim Zusammentritt des neugewählten Memelländischen Landtags am Mittwoch hielt der litauische Gouverneur eine lange Rede. Aus derselben ging deutlich hervor, daß Litauen keine deutschfeindliche Politik aus weiter fortzusetzen gewillt ist. Der Gouverneur richtete unerhörte Anklagen gegen die Memelländer und warf ihnen Illohalität gegenüber dem „Gesamstaat“ vor. Insbesondere bemängelte er die bisher angeleglich einseitige Einstellung der autonomen Organe, den fast ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache bei Gericht, das bisher nur deutschsprachige Präsidium des Landtags, die zahlreichen deutschen Lehrer, die es auch verschuldet hätten, daß der Lehrplan der memelländischen Schulen hinter dem der litauischen zurückgeblieben sei. (2) Der Gouverneur wünschte ferner, daß „die überlebten deutschen Geister“ (1) abgeschafft und neue nicht mehr eingeführt würden, und betonte, daß die Kommer Regierung die Dinge im Memelgebiet aufmerksam verfolgen werde. Darauf verließ der Gouverneur zusammen mit dem litauischen Direktionspräsidenten die Sitzung.

Trotzdem haben sich die Mitglieder des Landesdirektoriums Schulz und Szegaud, die ihre Dienstgeschäfte am Samstag niedergelegt hatten, sich bereit erklärt, die Tätigkeit im Direktorium wieder aufzunehmen. Der Entschluß sei auf entsprechende Erklärungen des Präsidenten des Direktoriums, Reisingers, zurückzuführen.

Zusammenarbeit in Amerika. Die republikanische Partei nahm — wie aus New York gemeldet wird — mit Zustimmung Hoovers das Angebot der Demokraten an, demzufolge beide Parteien Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig nicht lahmlegen sollen.

Ukrainische Demonstration in Amerika. Vor dem polnischen Konsulat in Detroit fand eine Demonstration von Ukrainern statt, wobei Frauen in Nationaltracht Aufrufe verteilten, in denen gegen das Vorgehen Polens in Ostgalizien Protest erhoben wurde.

Abbau der hohen Operngagen. In einer Verwaltungsrats-sitzung des Deutschen Bühnenvereins in Berlin wurde u. a. beschlossen, daß in Zukunft an den deutschen Opernhäusern keine Jahresverträge mit mehr als 27 000 Reichsmark Gage abgeschlossen werden dürfen. Bei Gastspielverträgen dürfen nicht mehr als 650 Reichsmark gegenüber bisher 1000 Reichsmark für die Vorstellung gezahlt werden. Diese Beschlüsse, die auf eine Verringerung der hohen Gagen hinauslaufen, sind für alle Bühnen verbindlich und stellen nach Ansicht des Bühnenvereins eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der finanziell schwer bedrückten deutschen Opernbühnen dar.



ren werden, wegen Übernahme der Aktien verhandelt. Es sei ein rentables Arbeiten unter Beibehaltung einer möglichst hohen Arbeiterzahl möglich ist.

**Preisfestsetzung in der Elektroindustrie.** Die Preisstelle der Zentralstelle der deutschen elektrotechnischen Industrie hat einen Beschluß gefaßt, wonach mit Wirkung vom 15. November 1930 an die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformator, Zähler, Apparate, Installationsmaterial und Haushaltsgeräte um 5 Proz. gesenkt werden. Dieser Beschluß steht baldige Senkung der Preise der Zulieferanten voraus und ist erfolgt, obwohl der Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erst am 18. Januar nächsten Jahres in vollem Ausmaße in Kraft tritt.

**Kleine Chronik**

Das deutsche Tiefenflugzeug „G 38“, das um 11 Uhr vormittags auf dem Flugplatz Vitoria in Spanien aufgestiegen war, ist Mittwoch nachmittag um 1.15 Uhr in Merignac bei Bordeaux gelandet. Es hatte außer dem Flugleiter Bohn und dem Chefpiloten Zimmermann 12 Passagiere an Bord. Seit seinem Abfluge aus Deutschland hat „G 38“ bisher bereits 7500 Kilometer zurückgelegt.

Der Prinz von Wales unternahm Mittwoch nachmittag in London einen Flug mit dem deutschen Flugzeug „Do X“. Nach einem stündigen Flug landete der „Do X“ wieder an seinem Ankerplatz. Der Prinz, der Pilot ist, steuerte eine Zeitlang selbst das Flugzeug. Maurice Dornier ist in Lissabon eingetroffen, um die Vorbereitungen für die Ankunft der „Do X“ zu überwachen. Dornier hat den bekannten portugiesischen Fliegeradmiral Gago Coutinho aufgefordert, als Passagier den Flug Lissabon—New York an Bord der „Do X“ mitzumachen, es ist jedoch noch nicht bekannt, ob der Admiral dieses Angebot angenommen hat.

Das Strafgericht München verurteilte den Studenten Koch aus Remscheid wegen Tötung im Zweikampf zu zwei Jahren Gefängnis. Koch hatte einem Angehörigen einer Burschenschaft in einer Bestimmungsmanöver eine Stirnverletzung beigebracht, an der der Verletzte starb.

Die New-Yorker Polizei hat in den Stadtteilen Manhattan und Brooklyn sowie auf dem gegenüberliegenden Ufer des Hudson eine große Organisation von Kaufgeschäftsgebern entdeckt. Die Organisation bezog ihre Kaufgeschäfte aus Südamerika und benützte ausländische Läden als Verkaufsstellen. Unter den Verhafteten befinden sich drei Frauen und 30 britische Seeleute, die das Kaufgeschäft an Land gebracht haben sollen, und ein halbes Dutzend Orientalen.

**Gemeinderatsschau**

**Winternothilfe in Rehl.** Auf Grund einer Besprechung von Vertretern des Erwerbslosenausschusses beschäftigte sich der Gemeinderat mit der Frage der Gewährung einer Winternothilfe, die in früheren Jahren kurz vor Weihnachten zur Auszahlung gelangte. Eine Entscheidung hierüber wurde noch nicht getroffen, jedoch wurden die Verwaltung und das Fürsorgeamt beauftragt, eine Nothilfe in die Wege zu leiten, wie sie bereits vor einigen Jahren zur Steuerung der Not durchgeführt worden ist. Als erste Gabe wird der Gemeinderat die ihm für November zutreffende Vergütung von 80 M je Mitglied spenden.

**Freiburger Verkehrs Wünsche.** In einer in den Räumen der Handelskammer Freiburg abgehaltenen Bahnplan-Konferenz wurden für das kommende Jahr verschiedene Wünsche für die bessere Ausgestaltung des Eisenbahnverkehrs von und nach Freiburg vorgebracht. Sehr erwünscht ist die Elektrifizierung der Höllentalbahn und der zweigleisige Ausbau dieser Strecke. In Verbindung damit wurde die Wiedereinführung einer direkten Verbindung Gollmar—Freiburg—München durch das Höllental gefordert. Die Fahrtdauer auf der Elzalbahn bedürfe einer Verfürgung. Im übrigen sollten die Verbindungen mit Weisbach, Basel und Karlsruhe eine weitere Verbesserung erfahren. Mit der Schwanenlandbahn sind zur Zeit Verhandlungen im Gange wegen der Einführung von Gabelarben zwischen Reichs- und Schwanenlandbahn. Die Vertreter der Reichsbahn sagten eine wohlwollende gründliche Prüfung und Berücksichtigung aller vorgebrachten Wünsche zu.

Das Freiburger Strandbad. Nach Mitteilung der Stadt an den Ausschuss zur Förderung des Strandbades werden die Pläne für das Strandbad an der Ebnet-Brücke von den städtischen Beamten ausgearbeitet. Sobald bekannt ist, sind die Pläne fertiggestellt und werden demnächst den Stadtrat und Bürgerausschuß beschäftigen.

Mit den Erweiterungsarbeiten des Bahnhofes Säckingen ist nunmehr begonnen worden. Die Station wird einen zweiten Bahnsteig bekommen, zu dem man durch eine Unterführung kommen wird. Die Geleise 1 und 2 werden eine wesentliche Verbesserung des Verkehrs bringen, der sich vor allen Dingen auch reibungsloser abwickeln kann, als es bisher der Fall war.

Die neue baute Umgehungsstraße in St. Blasien ist durch den Bürgerausschuß nach seiner letzten Sitzung beschäftigt worden. Der Vertreter des Wasser- und Straßenbauamts Bonndorf, Raurat Schurhammer, unter dessen Leitung die Straße gebaut wurde, gab zu der Führung und Anlage der Straße ausführliche Erläuterungen. Überwiegend kam die Meinung

zum Ausdruck, daß die Straße wohlgelegen ist und einem Bedürfnis des Kurortes entspricht. Nachdem die Aufräumungsarbeiten beendet sind, ist die neue Straße für den Verkehr freigegeben.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**Dr. Mannheim, 12. Nov.** Der Privatdozent an der Universität Berlin Dr. Helmut Kahl hat einen Ruf als ordentlicher Professor der Rechtswissenschaft an die Handelshochschule Mannheim erhalten.

**Dr. Mannheim, 18. Nov.** In der Universitätsklinik zu Heidelberg starb nach längerem Leiden und vorgenommener Operation im 84. Lebensjahre der Konzertmeister am Mannheimer Nationaltheaterorchester, Richard Hesse. Aus Eisenach stammend, hat Hesse 43 Jahre lang dem Nationaltheater angehört.

**Hd. Singen a. S.** Das Bezirksamt Konstanz hat mit Rücksicht auf die Zusammenkünfte, die sich am letzten Freitag hier ereignet haben, die Leiden für Mittwoch und Abend einberufenen Versammlungen der Nationalsozialisten und der Kommunisten verboten. Gleichzeitig hat die Deutsche Staatspartei, die für heute abend borgelegene Versammlung abgesetzt.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung Gemeindegewahlen 1930.** Auf Grund des § 80 des Bad. Polizeistrafgesetzbuchs wird für Samstag, den 15. und Sonntag, den 16. November 1930, für das ganze Land unterjagt: 1. Die Verwendung sogenannter Propagandawagen. 2. Das Tragen von Parteinumformen und Bundesstrachen jeglicher Art. Karlsruhe, den 18. November 1930. Der Minister des Innern: J. Wittmann

**Bekanntmachung Die abgeforderte Gemartung Kalkenbronn.** Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Gemartung Kalkenbronn und der Gemeinde Reichental abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemartung Kalkenbronn mit der Gemeinde Reichental wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 genehmigt. Karlsruhe, den 11. November 1930. Der Minister des Innern: J. Wittmann.

**Danksagung**

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Blumenspenden beim Heimgang unserer lieben Mutter sprechen wir unseren aufrichtigen Dank aus.

Im Namen der Familie:

Clara Siebert, geb. Ritter  
Ministerialdirektor Dr. Erwin Ritter,  
Divisionschef beim internationalen Arbeitsamt  
Herta Münch, geb. Ritter

Karlsruhe, Genf, Freiburg i. Br., den 13. November 1930.  
Kriegsstr. 51 K. 728

**Obstbäume**

Rosen, Ziersträucher, Heckenpflanzen, Parkbäume, Johannis-, Stachelbeeren-Hochstämme und Büsche, Himbeer- und Erdbeerpflanzen, Koniferen, Balkontannen, Stauden, Alpinpflanzen, Blumenzwiebel, Dahlien usw. liefert bei großer Auswahl

**Karl Huber, Gärtnerei**  
Durlach, Rittnerstr. 1-5. Tel. 225  
Straßenbahnhaltestelle Sophienstr.

Interessenten erhält. auf Wunsch Katalog portofrei zugesandt  
Bis zum 1. Dezember 1930 erhalten Sie bei Einkauf von 20 RM. an eine Palme gratis. K. 729

**Zwangsversteigerung.**

II V. T. 34/30.

Im Zwangswege versteigert das Bad. Notariat II Karlsruhe am  
Dienstag, den 13. Januar 1931, vormittags 10 Uhr, im Rathaus zu Mörsh, das Grundstück des Autopold Kühler, Bäcker in Mörsh, in Miteigentum  $\frac{1}{2}$ , Autopold Kühler, Bäcker Ehefrau, Elisabeth geb. Rumer, in Mörsh, in Miteigentum  $\frac{1}{2}$ .

Die Versteigerung wurde am 7. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 7. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

**Grundstücksbetrieb:**

- a) ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkeneller und Dachkammer,
- b) eine einstöckige Scheuer mit Stall,
- c) ein einstöckiger Schopf mit Schweineställen,
- d) eine einstöckige Bäckerei.

**Inserieren**

bringt Gewinn!

- a) ohne Zubehör: 16 000 M.
- b) mit Zubehör: 16 250 M.

Karlsruhe, den 8. November 1930.  
Bad. Notariat II  
als Vollstreckungsgericht

**Zwangsversteigerung.**

4. V. 30/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, den 6. Januar 1931, vorm. 9 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10, das Grundstück des Wäckermeisters Emil Faust in Durlach-Aue, jetzt wohnhaft in Blankenloch, auf Gemartung Karlsruhe. Nr. 47

Die Versteigerung wurde am 4. Oktober 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 4. Oktober 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen, sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstands.

**Grundstücksbetrieb:**

- Lsgb. Nr. 3692: 4 a 57 qm, Friedenstr. 7. Hofreite. Hierauf steht: a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Schienenbahn, b) ein zweistöckiger Seitenbau, an a angebaut, mit teilweiser Schienenbahn, Werkstätte u. Wohnbau, c) ein einstöckiges Magazin ohne Keller, an b angebaut.
- Geschätzter Verkehrswert: 75 000 M. und mit Zubehör 75 198 M.

Karlsruhe, den 6. November 1930.  
Bad. Notariat IV als Vollstreckungsgericht.

Drud G. Braun, Karlsruhe.

**Badisches Landestheater Karlsruhe**

Gastspiel

**Das Japanische Theater**

aus Tokio

am 25. November 1930

**Mimodrama**

**Komödie, Tanz**

Leitung:

Tokujiro Tsutsui

**Erhöhte Eintrittspreise** (Platzmietern Ermäßigung auf die Tagespreise) K. 727

Vorverkauf für Platzmieter: Mietabteilung A Freitag, den 14. Nov., vorm. 9 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr. Die übrigen Mietabteilungen ab Freitag, den 14. Nov., vorm. 10 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf: Ab Samstag, den 15. Nov., vorm. 9 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.**

In der Gemeinde Stupferich (Amt Karlsruhe) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk ist die Gemeinde Stupferich. Beobachtungsgebiete sind die Gemeinden Kleinfeinbach und Unterneckelbach.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-km-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 11. November 1930. D.-Z. 64.  
Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.

**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.**

In der Gemeinde Hagsfeld ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk ist das Gehöft des Wilhelm Ernst in Hagsfeld, Blankenlocher Straße 12.

Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15-km-Umkreises. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch im 15-km-Umkreis der Handel mit Klauenvieh, sowie mit Geflügel, der ohne vorgängige Bestellung entweder außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder ohne Begründung einer solchen stattfindet, verboten ist. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

Karlsruhe, den 12. November 1930. D.-Z. 65.  
Bad. Bezirksamt — Abteilung IV.



**Badisches Landestheater**

Freitag, den 14. Nov. 1930

\* F 7 (Freitagmiete)

**Die Nibelungen**

Ein deutsches Trauerspiel von Hebel

Regie: Baumbach

Dritte Abteilung

Preise A (0,70—5 RM)

**Riemohts Rahe**

Mittwoch, den 11. Nov. 1930

Preise A (0,70—5 RM)

Sa 15. 11. Die Prinzessin und der Eintäger.

So 16. 11. Tannhäuser.

Im Konzerthaus: Meine Schwester und ich No. 17. 11.

Die Nibelungen III. Abtlg.

Vorankündigung:

Die 25. 11. Gastspiel des Japanischen Theaters